

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

15.9.1924 (No. 215)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Fernsprecher: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. K. e. i. t. b., Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße gegen die Redaktion sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Besondere Bedienung durch den Verfasser, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Lage des Gesamtmarktes in Baden hat sich in der Berichtswoch (1.—10. September) gegenüber der Vorwoche nicht sehr verändert. Die Erwerbslosenzahlen sind zwar noch gestiegen, doch ist festzustellen, daß das Ausmaß dieser Steigerung im Verhältnis zu dem in den letzten Wochen beobachteten Erhöhungen geringer geworden ist. Die Zahl der Vollerwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) erhöhte sich um 400 auf 22 500. Da und dort wird auch über Rückgang der Kurzarbeit berichtet. Vielleicht sind in diesen zwei Erscheinungen Anzeichen einer langsamen Besserung zu erblicken.

In der metallverarbeitenden Industrie konnte im Mannheimer Bezirk ein Betrieb der Automobilindustrie zum Teil die Arbeit wieder aufnehmen, die im Juni d. J. entlassene Belegschaft wurde zum größten Teil wieder eingestellt. Im allgemeinen liegen die Beschäftigungsverhältnisse in der Metallverarbeitung noch ziemlich ungünstig. Ein Großbetrieb im Karlsruher Bezirk entließ 700 Arbeitskräfte. Auch sonst besteht noch mannigfach Kurzarbeit. Dagegen hat sich in einer Spezialindustrie, der Forzheimer Bijouterieindustrie, der seit kurzem beobachtete Rückgang der Kurzarbeit fortgesetzt; es arbeiten noch 64 Betriebe mit 3500 Personen (gegenüber 15 000 Personen Mitte August) verfürzt.

Ein Großbetrieb der Seifenindustrie im Karlsruher Bezirk ist von der Kurzarbeit wieder zur Vollarbeit übergegangen.

Auch in der Textilindustrie des Wiesentals ist eine weitere Abnahme der Kurzarbeit zu verzeichnen, auf der anderen Seite ist allerdings hier ein Ansteigen der Erwerbslosenzahlen festzustellen. Voll beschäftigt sind die Weinheimer Lederfabriken. Die Wärsenindustrie des Wiesentals geht flau.

Noch recht schlecht ist die Arbeitsmarktlage der Tabakindustrie. Betriebschließungen und Entlassungen werden immer noch vorgenommen. Im Rahrer Bezirk, einem Hauptbezirk der Tabakindustrie, stieg die Erwerbslosenzahl um rund 250. In einem anderen Hauptbezirk der Tabakindustrie, dem Bruchsaler Bezirk, glaubt man jedoch Anzeichen einer allmählichen Besserung feststellen zu können.

Ein Großbetrieb der Schokoladenindustrie hat infolge geringer Auftragsbestände Entlassungen zunächst weiblicher Arbeitskräfte angeordnet.

Ein größerer Platz berichtet über einige Verlesung im Bekleidungsamt. Wichtige erstklassige Herrenschneider konnten hier unterkommen, auch nach Schuhmachern wurde etwas mehr gefragt. Die Schuhindustrie des Wiesentals ist verhältnismäßig befriedigend beschäftigt, jedoch werden neue Arbeitskräfte nirgends verlangt.

Im Baugewerbe besteht da und dort Bedarf an Gipfeln und Malern, vereinzelte konnten an einem größeren Platz auch ungelernete Bauarbeiter vermittelt werden.

Im Baden-Badener Fremdenvergabe herrscht noch Nachfrage nach Köchinnen. Im übrigen liegt keinerlei Bedarf vor.

#### Konsularische Vertretung der Republik Uruguay

An Stelle des von seinem Posten abberufenen Generalkonsuls Dr. Mario L. Gil ist Konsul Dr. Simón Vassigal aus Sevilla in Hamburg einstweilen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Generalkonsulats der Republik Uruguay beauftragt worden. Er wurde zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen.

Die Finanzgebarung des Reichs. Nach einer Übersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 1.—10. September betrug in diesen neun Tagen die Einziehung rund 130 Millionen Goldmark und die Auszahlung rund 97 1/2 Millionen Goldmark, so daß ein Überschuß von rund 22 1/2 Millionen Goldmark blieb. Der Stand der Rentenmarkschuld wies in dieser Zeit eine Zunahme von rund 15,8 Millionen Goldmark auf.

Der Reichspräsident richtete an den Deutschen Ostbund, er in Berlin seine Bundestagung abhalte, nachstehendes Begründungstelegramm: „Der Tagung des Deutschen Ostbundes sende ich herzliche Grüße und aufrichtige Wünsche. Die Bekämpfung des Ostbundes, seine Fürsorge für die aus der Heimat Vertriebenen verfolge ich stets mit warmem Interesse. Mögen die jetzigen Beratungen im Reine mit den Bemühungen der Regierung dahin gehen, den schwer geprüften Landsleuten eine neue Heimat zu schaffen.“

Der Schiedspruch für das südliche Ruhrgebiet. Der am 21. August bzw. am 2. September gefällte Schiedspruch für die südlichen Randgebirge des Ruhrbergbaues ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

### \* Interpretationen

Die offiziöse Mitteilung, die Ende der vorigen Woche der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der Angelegenheit der Kriegsschuldnote und des Beitritts zum Völkerbund veröffentlichte, ist von der Presse der Koalitionsparteien, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen so aufgefaßt worden, als ob sie die Ansicht des Gesamtkabinetts wiedergebe, und als ob sie sich für die sofortige Notifizierung der Erklärung zur Kriegsschuldnote und gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einsehe. Demgemäß ertönte aus den Spalten der rechtsgerichteten Presse lebhafter Beifall, aus denen der übrigen Parteien Kritik und Ablehnung.

Nunmehr wird diese Mitteilung „authentisch“ interpretiert. Und zwar wird festgestellt, daß sie lediglich die persönliche Meinung des Reichsaußenministers enthalte und keineswegs der Entscheidung des Kabinetts, die nächste Woche zu erwarten ist, präjudizieren solle. Auch inhaltlich sei die Mitteilung falsch verstanden worden. Dr. Stresemann sei durchaus nicht ein Gegner des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund, aber die Ablehnung eines deutschen Aufnahmegesuches nach Genf sei nach seiner Meinung unzertrennlich an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft: es dürfe erstens in Völkerbundsreisen kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmeantrag Deutschlands nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldspruches bedeute, und zweitens müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es bei Ablehnung des Aufnahmeantrags auch wirklich einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte. Diese Sicherheit bestehe aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute noch nicht.

Was die Kriegsschuldfrage anlangt, so halte Dr. Stresemann daran fest, daß die Kriegsschuldnote notifiziert werden müsse, schon deshalb, weil Deutschland nach den Erklärungen des französischen Votachters de Margerie im Auswärtigen Amt und nach der Veröffentlichung des Kanzlerbriefes an Herriot und Macdonald durch Savas nicht „unter Druck“ die Notifizierung ablehnen könne, aber die Abfuhr, die Note sofort abzuschicken oder ihre Ablehnung in der kommenden Kabinettsitzung zu verlangen, bestehe beim Außenminister durchaus nicht, er denke vielmehr zu einem gelegentlichen Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen die Note abschicken zu können.

Diese neue, „authentische Interpretation“ hat, soviel wir sehen, einen besseren Eindruck hinterlassen, wenigstens soweit die Presse der Koalitionsparteien in Betracht kommt. Zugleich hat die „Zeit“, das Berliner Organ Dr. Stresemanns, zur Frage des Bürgerblocks Stellung genommen und dabei auch von sich aus die Auffassung vertreten, der wir am vorigen Mittwoch an dieser Stelle Ausdruck gaben, nämlich, daß nur dann von einer Verbreiterung der Koalition nach rechts gesprochen werden könne, wenn die Deutschnationale Volkspartei bereit sei, die Verantwortung für die Durchführung des Londoner Protokolls und der Dawesgesetze, also die Verantwortung für die bisherige Politik der Reichsregierung, mitzübernehmen. Da die Deutschnationale Volkspartei aber ersichtlich dazu nicht bereit sei, so sogar ein Teil der Fagager heute schon wieder gegen die Dawesgesetze Front machen, habe die Diskussion über eine Erweiterung der Koalition nach rechts keinen praktischen Zweck.

Es ist gut, daß auch das maßgebende Organ der Deutschen Volkspartei in Berlin sich derartig klar ausspricht. Solange die Deutschnationalen bei ihrer Opposition beharren, läßt sich eine Verbreiterung des Kabinetts nach rechts allerdings nicht ernsthaft diskutieren. Und die Kundgebungen der deutschnationalen Parteioptionen aus dem Lande zeigen nur zu deutlich, daß die organisierten und eingeschriebenen Wähler der Partei die Fagagerie aufs heftigste verurteilen und eine Fortsetzung der bisherigen Oppositionspolitik wünschen.

Die Verwirrung in eigenen Lager hält die deutschnationale Presse im übrigen nicht ab, alle Versuche zu machen, um eine Regierungskrise in Berlin herbeizuführen. Solche Versuche können natürlich nur dann Erfolg haben, wenn die Deutsche Volkspartei sich zu Handlangern der Deutschnationalen hergibt. Das ist aber nach der neuen „authentischen Interpretation“ und nach der Erklärung der „Zeit“ im Augenblick wohl kaum zu befürchten.

Die Unruhen in Portugal. Nach einer Sabas-Meldung aus Lissabon haben radikale Elemente von Zivil- und Militärpersonen einen neuen Staatsstreich versucht. Sie haben das Kriegsministerium und die Telegraphenstation angegriffen. Der Versuch ist mißlungen. Die Angreifer wurden verhaftet. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

### Die Ingangsetzung des Dawesplanes

Langsames Tempo in den Verhandlungen mit der Regie. Nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nehmen die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Regie in Mainz über die Ubergabe der Eisenbahn einen sehr schleppenden Verlauf. Auf französischer Seite sei wenig Entgegenkommen festzustellen, und es bestehe nur geringe Aussicht, daß die Auflösung der Regie und die Ubergabe der Regiebahn an die Reichsbahnverwaltung früher als zu dem im Londoner Abkommen vorgesehenen Termin, also bis zum 6. Dezember, erfolge.

Die deutsche Abordnung für die Durchführung der Londoner Abmachungen im besetzten Gebiet arbeitet unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Dr. Gerion in zwei Abteilungen, und zwar in Koblenz, Adresse Reichsvermögensverwaltung, Rastorpfaffenstraße 26, und in Düsseldorf, Adresse Landeshauptmann. Die Koblenzer Abteilung leitet Ministerialdirektor Dr. Müllner, die Düsseldorfer Abteilung Geh. Rat Dr. Clausen.

In Düsseldorf haben nunmehr auch die Verhandlungen begonnen, und zwar haben zunächst die Vertreter der preussischen Regierung mit dem Vertreter des Generals Degoutte über die Rückführung der aus dem französischen Sanktions- und Einbruchgebiet ausgewiesenen Beamten in ihre Heimat verhandelt. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen können, abgesehen von sechs bereits durch die Franzosen bekannt gegebenen Beamten, deren Ausweisung vorläufig noch nicht wieder aufgehoben worden ist, alle aus dem fraglichen besetzten Gebiet ausgewiesenen Beamten ihr Amt sofort wieder aufnehmen, mit Ausnahme des Bürgermeisters Schmidt-Düsseldorf, des Oberregierungsrats Hege-Düsseldorf, des Polizeipräsidenten Meißner-Essen, des Stadtbaurats Diefenbach-Bonn, des Kriminalkommissars Bare-Herne, des Kriminalwachmeisters Sevenik und den uniformierten Beamten der staatlichen Schutzpolizei. Dabei ist vorläufig für die Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen die Einschränkung gemacht worden, daß sie bis zur Entscheidung über die Organisation der staatlichen Schutzpolizei im besetzten Gebiet, über die weitere Verhandlungen vorbereitet sind, ihren Dienst nur aufnehmen dürfen, wenn der Besatzungsbehörde gegenüber die Oberbürgermeister allein verantwortlich bleiben. Ueber die Rückführung der aus der belgischen Zone des Sanktions- und Einbruchgebiets ausgewiesenen Beamten in ihre Heimat ist eine entsprechende Regelung in den allernächsten Tagen zu erwarten.

Zu der Reise des Generalagenten für Reparationszahlungen nach Paris machte der Sekretär Youngs dem Vertreter vom Wolfbüro folgende Mitteilungen: Bei Eintreffen Youngs in Berlin ging seine Absicht dahin, etwa 10—14 Tage in Berlin zu bleiben, um während dieser Zeit die organisatorischen Voraussetzungen für die Einrichtung seines Büros zu studieren. Nach Ablauf dieser Zeit wollte er sich mit fünf neuen Kommissaren der Reparationskommission in Paris treffen, um ihnen über die in Berlin erhaltenen Eindrücke zu berichten und weitere Pläne mit ihnen zu besprechen. Die Einhaltung dieses Programms hing von den Eindrücken ab, die er hier beim Beginn seiner Arbeit empfing. Seine Abreise nach Paris ist demnach ein Zeichen, daß er mit dem Verlauf seiner Tätigkeit zufrieden ist. Der Zeitpunkt seiner Rückkehr ist vorläufig noch nicht bekannt. Wenn die Besprechungen mit den Kommissaren der Reparationskommission in Paris den erhofften glatten Verlauf nehmen, so wird Young vermutlich erst zusammen mit Gilbert, dem ständigen Reparationsagenten, nach Berlin zurückkehren. Dawes ist in Berlin geblieben. Das Büro Youngs setzt seine Arbeiten ohne Unterbrechung fort.

#### Der Kernpunkt

Im Londoner „Observer“ führt Garvin u. a. aus: Niemand, der die Verhältnisse in Mitteleuropa sorgfältig prüft, könne auch nur einen Augenblick glauben, daß die deutsche Rasse im Reich und in Österreich durch irgendwelche Mittel für immer an die jetzt in Kraft befindlichen Bestimmungen gebunden werden könnte. Durch diese Bestimmungen würden große Teile der Deutschstämmigen unter fremder Herrschaft gehalten. Es seien der deutschen Rasse Provinzen entzogen worden, die seit tausend Jahren ihr gehörten und man habe Jahrhunderte alte Zusammenhänge zerstört. Eine Revision der Friedensverträge sei aber im Augenblick nicht möglich. Frankreich, Polen und die kleine Entente seien auf eine strenge Ausführung der Verträge verpflichtet. Diese Kombination sei ihrer Natur nach jedoch keine dauerhafte. Eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen bezog ein wirklicher Schutz gegen plötzlich improvisierte Rüstungen werde nicht erreicht werden, bevor nicht die Nationen ein unparteiisches System ausfindig gemacht haben, um allzu große Härten der Versailler Bestimmungen und eine oder zwei Unheuerlichkeiten der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage abzuändern.

Verhaftung eines früheren spanischen Ministers. Nach einer Sabasmeldung aus Madrid hat das Direktorium den früheren Minister im Kabinett Maura G. Maria verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Er wird den militärischen Behörden zur Verfügung gestellt werden, weil er Gerüchte verbreitet haben soll, welche die militärische Disziplin beeinträchtigen könnten.

## Der Reichsfinanzminister über die Preisabbauaktion

Der Reichsfinanzminister Luther gewährte einem Vertreter des Volksbureaus eine Unterredung über die Preisabbauaktion. Die Unterredung verlief wie folgt.

Frage: Welche Wirkungen versprechen Sie sich, Herr Reichsminister, von den angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Geleicherung des Wirtschaftslebens? Minister: Darauf muß ich Ihnen zunächst antworten, daß ich mir keine Wunderwirkungen verspreche. Die Zeit der Illusionen ist vorbei. Jetzt wieder aufbau wird zweifellos allmählich Früchte tragen, und zwar dauerhafte Früchte. Heute freilich, die zu meinen schienen, daß nach der Annahme der Gesetze über das Londoner Abkommen bei uns sozusagen gerade Nacht ein tiefer wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen werde, waren ebenso große Illusionisten wie die anderen, welche glauben, wir hätten unser Leben als Wirtschaftsvolk erreicht erhalten können, wenn wir das Londoner Abkommen abgelehnt hätten.

Frage: Sind die Voraussetzungen für den allmählichen Wiederaufbau nicht aber schon durch die Marktstabilisierung im vorigen Herbst geschaffen worden? Minister: Ja und Nein! Ohne die Maßnahmen des vorigen Herbst und Winters, also besonders die Schaffung der Rentenmark und ohne die harten finanzpolitischen Eingriffe durch die Steuererhöhungen und Ausgabenbeschränkungen würden heute für den Wiederaufbau die Grundlagen fehlen. All das waren Notmaßnahmen Deutschlands, das mit den letzten Resten seiner eigenen Kraft, die durch den Ruhesturz, an der wichtigsten Stelle abgehandelt, und durch die ungelagerte Inflation völlig angezehrt waren. Jetzt dagegen wird Deutschland nach dem Londoner Abkommen nach und nach wieder in den Besitz seiner eigenen Wirtschaftskraft kommen, soweit sie durch den Vertrag von Versailles ihm belassen ist. Das Verschwinden der Finanzpolitiklinie im Westen ist der erste Schritt nach dieser Richtung.

Die Rückübertragung der ganzen Zollverwaltung des besetzten Gebietes an die deutsche Regierung wird folgen. Ebenso die Wiederherstellung des Eisenbahnnetzes und andere Wiederherstellungsmassnahmen. Von besonderer Wichtigkeit wird die Wiederherstellung der betriebenen Beamten und damit die Wiedererrichtung der unabhängigen deutschen Verwaltung auch im besetzten Gebiet sein. Außerdem aber wird Deutschland jetzt wieder die Währung erhalten, die um sich so auszubreiten, der internationalen Währungspraxis entspricht. Deutschland braucht die Goldwährung, weil es seine Bevölkerung nicht allein ernähren kann und deshalb auf den internationalen Wirtschaftsverkehr angewiesen ist. Auf der Grundlage dieser Währung, die wegen ihrer internationalen Anerkennung dieser Form in sich härter ist, als die Rentenmark, wird es für die Wirtschaft möglich sein, Kredite in größerem Umfang zu erhalten als bisher. Die Rentenmark war für die Zwischenzeit die denkbar beste Lösung und wird vor jedem objektiven, geschichtlichen Urteil bestehen. Für den eigentlichen Wiederaufbau aber brauchen wir die Goldmarkgrundlage.

Frage: Wenn Sie von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, so können doch die Maßnahmen, welche die Reichsregierung bekannt gegeben hat, nur die ersten Schritte auf der Bahn des Wiederaufbaues darstellen, doch nur sozusagen einen Keil, der in das Wirtschaftsleben hineingetrieben wird? Reichsminister: Diese Bemerkung ist völlig richtig. Aus der Bekanntmachung der Reichsregierung klingt es ganz deutlich heraus, wieviel davon abhängt, daß der Geist, in dem diese Schritte der Reichsregierung getan sind, nun recht schnell Allgemeingut des deutschen Volkes wird. Die ganze deutsche Wirtschaft muß im gleichen Sinne handeln. Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundsatz größter Sparsamkeit gelten. Wir müssen den Zahlentaukel der Inflation nun endlich einmal hinter uns lassen, es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: Großer Umsatz, kleiner Nutzen. Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenglieder des Wirtschaftslebens die Preise festhalten, statt die Vorteile der Preisentlastung den Verbrauchern zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgend möglich, alle noch sonst erforderlichen Schritte unternehmen; besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Gesetze vorlegen, die eine neue Durchbildung des Steuerwesens in Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und verhindern, die schwere Steuerbelastung, welche unser Volk trotz seiner Armut tragen muß, so gerecht, so wenig wirtschaftshemmend wie nur möglich

zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen. Die angekündigten Schritte der Reichsregierung aber müssen sofort unternommen werden und werden auch von der Wirtschaft lebhaft ersehnt. So ungeheuer schwer die Lasten des Londoner Abkommens auch sind, so beharrlich ernst wir auch fortgesetzt daran werden arbeiten müssen, die Durchführung des Sachverständigenrats für uns tragbar zu gestalten, so wollen wir doch ohne Zögern unsere volle Kraft an den Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas setzen.

## Politische Neuigkeiten

### Von der Genfer Völkervereinigung

Der Völkervereinigung hielt Samstag Nachmittag eine öffentliche Sitzung ab, in der er über die Frage der Ausweisung Danziger Staatsangehöriger aus Polen beriet. Es handelt sich um die Ausweisung von 4 Danziger Staatsangehörigen ohne Angabe von Gründen, gegen die Danzig beim Völkervereinigungsdirektor Einspruch erhoben hatte. Den Vorschlag der Einholung eines Gutachtens nahm der Danziger Senatspräsident Dr. Sahm an unter Hinweis auf die generelle Bedeutung der vorliegenden Ausweisungsfälle so wohl für das Verhältnis zwischen Danzig und Polen als auch für das Verhältnis zum Völkervereinigungsdirektor, unter dessen Schutz die freie Stadt Danzig steht und dessen Schutz die freie Stadt erhofft. Der polnische Delegierte Strachburger erklärte ein Gutachten für überflüssig. Schließlich beschloß der Rat endgültig, ein Antrag Duinones auf Nachprüfung des Entscheides durch juristische Sachverständige anzunehmen.

Das Finanzkomitee des Völkervereinigungsdirektors schloß seine Beratungen über die österreichischen Anträge ab. Es beriet, daß dem österreichischen Wunsch auf Erhöhung des Haushalts bis hin zu 350 Millionen auf 500 Millionen Goldkronen erhöht werden kann. In der Frage der Anwendung des Anleiherechts dürfte jedoch mit einer wesentlichen ablehnenden Antwort zu rechnen sein. Hinsichtlich der Kontrolle solle ein Abbau bzw. eine Verminderung in Frage kommen, wenn gewisse Voraussetzungen bezüglich der Verwaltungs- und Steuerreform verwirklicht werden.

Der zweite Ausschuss der Versammlung (technische Organisationen) trat in die Beratung des Berichtes von Murray-England über die Tätigkeit der Kommission für die geistige Zusammenarbeit ein. Murray erinnerte daran, an die Aufgaben dieser Kommission, die vor allem darin bestehen, die geistigen Arbeiter, die am Kriege teilgenommen haben, einander näherzuführen und die neuen oder befreiten Staaten in der Befähigung ihrer Kultur zu unterstützen und den in Not geratenen geistigen Arbeitern materiell zu helfen. Murray bedauerte dabei unter anderem, daß der Nationalismus auf den deutschen Universitäten im letzten Jahre sich nicht verringert habe. In der Debatte sprach der österreichische Delegierte Graf Wundschitz seine Bemerkung für die Billeistung an arme Gelehrte aus. Der chinesische Vertreter erhob die Forderung, der Hinzuziehung eines chinesischen Mitgliedes in die Kommission.

Eine Delegation der Konferenz internationaler Verbände hat sich an das internationale Sekretariat des Völkervereinigungsdirektors mit der Bitte gewandt, daß für ihre Beziehungen zum Völkervereinigungsdirektor ein internationales Statut ausgearbeitet wird, durch die internationalen Verbände ein direktes Petitionsrecht an den Völkervereinigungsdirektor, und ihre Mitarbeit an der Kommission für geistige Zusammenarbeit gesichert werden soll; ferner wird die Schaffung eines internationalen Zentrums für geistige und erzieherische Arbeit unter Ausschaltung jeden politischen Einflusses verlangt, das die internationalen einschlägigen Organisationen in Brüssel einbezogen soll.

### Die interalliierten Schulden

Wie „Glasgow“ meldet, hat das von Frankreich zurückgekehrte Mitglied der Interalliierten Schuldenkommission, Edward Curran in Washington über seine Unterhandlungen mit den französischen Behörden Bericht erstattet. Er denkt die französische Schuld, die zurzeit 3,3 Milliarden Dollar ohne die aufgelaufenen Zinsen beträgt, solle innerhalb 63-67 Jahren zurückgezahlt werden und zwar nach einem Moratorium, das fünf Jahre dauern wird und während dessen keine Zinsen berechnet werden. Nach 5 Jahren wird der Dawesplan in voller Durchführung sein, was Frankreich erlauben wird, entweder 100 Millionen Dollar jährlich zu bezahlen, deren Hälfte für die französische Industrie vorwendet werden soll, oder zuerst kleinere und dann größere Beträge zu entrichten.

### Die internationale Mittelstandsunion

In der Zeit vom 1.-5. September 1934 fanden (wie schon kurz gemeldet) in Bern und Interlaken die Verhandlungen des 1. Internationalen Mittelstandskongresses statt, an dem ca. 24 Staaten sich beteiligten und 14 Regierungen jeweils einen offiziellen Regierungsvertreter abgeordnet hatten. Es wird uns darüber berichtet:

Die Internationale Mittelstandsunion bezweckt den Zusammenschluß des gesamten gewerblichen und kleinindustriellen, kaufmännischen und intellektuellen, sowie landwirtschaftlichen Mittelstandes aller Länder zur Wahrung und Förderung ihrer idealen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen. Ihr Wahrzeichen ist ein grünes Kreuz im weißen Kreise. Sie umfaßt die Bevölkerungskreise, die weder zur kapitalistischen Oberschicht, noch zur proletarischen Unterschicht gehören, diejenigen, welche in selbständiger Tätigkeit und ohne Hilfe anderer ihren Lebensunterhalt sicherstellen wollen, sie umschließt also den Kern der verlässigen und intellektuellen Bevölkerung. Die Union wendet sich sowohl gegen die Autokratie, die in einigen Ländern eine größere, in anderen eine kleinere oder gar keine Bedeutung hat, als auch gegen die Destruktionen sozialistischer, kommunistischer und anarchistischer Kreise.

Mit Rücksicht auf den verschiedenartig beruflichen Charakter und die besonderen Interessen der einzelnen Elemente, aus denen sich der Mittelstand zusammensetzt, wurden 5 Berufsgruppen gebildet, von denen 14 Resolutionen dem Internationalen Rat zur Prüfung vorgelegt wurden. Davon verdienen besondere Erwähnung die Resolutionen betr. die beruflichen Bildungsinstitutionen, Handelskassen und höhere Lehranstalten, die Schaffung von Finanzinstituten speziell für den gewerblichen Mittelstand, sowie die Resolution betr. die Wohnungsfrage, die Gründung einer landwirtschaftlichen Organisation auf internationaler Grundlage, die Reform des Submissionswesens, die Förderung der Berufsbildung und Qualitätsarbeit, endlich die Beschränkung der Zahl der Ausstellungen und Ausstellungsmessen, Einschränkung des Kaufverhandels und der Institutionen, die das System der Verteilung von Absatzmärkten anstreben. In Bezug auf die sog. liberalen Berufsarten fordert der Kongress die internationale Anerkennung der akademischen Titel und Schutz der sonstigen Kaufverträge und Gewerbezeugnisse.

Der internationale Zusammenschluß des Mittelstandes will nicht ein Zeichen des Kampfes, des Hasses und des Neides sein, sondern ein Symbol des Friedens und gegenseitigen Respekts. Die Gegensätzlichkeiten dürfen nicht vermehrt werden. Der internationale Mittelstand strebt nach Klassenverbrüderung, er will aber auch die Wahrung der selbständigen Arbeit, die Verbreitung des Gedankens der Selbstverantwortlichkeit eines jeden Einzelnen, die Hebung der Arbeitsfreude und Arbeitslust durch die Verbindung von Kapital und Arbeit.

### Drohender Marsch der mandchurischen Truppen auf Peking

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ marschierte Tchang Tso Lin, der Generalgouverneur der Mandchurei an der Spitze von 100.000 Mann nach Peking. Eine Entscheidungsschlacht steht bevor. Das Schicksal des Krieges werde zum größten Teil von dieser Schlacht abhängen. Wenn Tchang Tso Lin Sieger bleibe, würden die Streitkräfte Kuangfusi, der vor Schanghai kämpft, von ihrer Lebensmittellieferung abgeschnitten und so genötigt sein, den Kampf aufzugeben. In diesem Falle würden sie auch keine Verstärkungen heranbringen können.

W.D. London, 15. Sept. Die Blätter melden aus Schanghai, Tchang Tso Lin habe die Feindseligkeiten eröffnet, sei 20 Meilen weit in Peking eingedrungen und habe Tchang Han-Fu genommen. W.L.-Fu rüde ebenfalls vor. Der Mulbener Korrespondent der „North China Daily News“ meldet: Tchang Tso Lin Armee bestehe aus 2 Divisionen mit 2 gemischten Brigaden und sei mit Artillerie und Flugzeugen unter denen sich auch zwei Bombenflugzeuge befänden, gut versehen. In Peking würden Tag und Nacht Granaten gebrüllt. — Nach einer Neumeldung aus Peking ist Wang Tschang-Ping, der Zivilgouverneur von Peking, gestern nachmittag in Peking eingetroffen, wo auch W.L.-Fu heute erwartet wird. Es soll eine Konferenz abgehalten werden, an der der Präsident, Tiao Sun, Fu-Fu-Fu, Wang Tschang-Ping, der Kriegsminister Teng-Fu-Ssun und andere hervorragende militärische Führer teilnehmen werden.

Einer Meldung aus Kanton zufolge hat Sunyatsen die Stadt mit 1000 Mann verlassen. Er wird etwa 10 Tage in Schao Kuan bleiben und dann zwischen Kanton und Schao Kuan bis zur völligen Mobilisation hin- und herfahren.

## Badisches Landestheater

### Wer weint um Judenad?

Tragikomödie in drei Akten von Hans J. Rehfisch.  
In Szene gesetzt von Friedrich Weug.

Nach seiner Komödie „Kolibri“ (1921) erklärte ich in meiner Geschichte des deutschen Lustspiels Hans J. Rehfisch (geb. 10. April 1891) als einen „der besten der Sternheimjünger“, der eine Verheißung dadurch bedeute, „daß er sich innerlich bereits lächelnd über Stil und Manier des Meisters erhebt“. In seiner dreiaktigen Tragikomödie „Wer weint um Judenad“ (1924, Verlag Osterheld und Co., Berlin) hat er die Bahnen Sternheims schon ganz verlassen und scheint sich der Nachfolge Georg Kaisers anzuschließen. Wie in Kaisers „Kangist Krebber“, dem Satyrspiel zu der Tragödie des Bankkassierers „Von Morgens bis Mitternachts“, wird eine pflichterfüllte, pedantische Bürokratenseele plötzlich aus ihrer Bahn geschleudert, in dem Aktenwurm erwacht das Menschsein und nun weiß dieser neugeborene Mensch sich in der Welt, worin die mit Tinte gespeiste Aktenmaschine so tadellos funktioniert hatte, nicht mehr zurechtzufinden.

Der Staatsanwaltschaftssekretär Judenad wird von einem Schlaganfall getroffen und erkennt in der Todesnähe erschüttert die Liebesleere seines Lebens. Der pflichterfüllte Beamte, der es beim Militär zum Feldwebel, als Zivilverforgungsbevollmächtigter zum Sekretär, Obersekretär, Rechnungsrat, ja gar Geheimen Rechnungsrat gebracht hat, ist seelisch gänzlich vereinsamt. Er lebt niemanden zu Liebe, aber auch keinem zu Liebe. Nach seinem Tode wird sich keine einzige Menschenseele finden, die seinetwegen eine Träne vergießt. Mit Grauen erkennt er seine bisherige Selbstlosigkeit und sucht sich nun Menschen in Dankbarkeit zu verpflichten. Der aus dem Geis seiner Paragrafennormalität geworfene bleibt aber auch dabei der Egoist, der sich Liebe durch wohlthätige Wohltaten erkaufen zu können glaubt, durch sein Geld, das er einer Dirne schenkt, durch seine Ehre, die er einem kalten Streber opfert. Die Geschöpfe, deren Seelen er für sich einzufangen begehrt, kümmern ihn nicht als Menschen, sie sind ihm nur Nummern, durch die er sich dankbares Geben nach dem Tode zu sichern glaubt. Er sucht nicht Liebe durch Liebe zu erwerben, er sucht es durch Geld, und nachdem das verhängnisvolle Wort eines Staatsanwalts, daß Menschengüte

immer gegen das Gesetz sei, ihm einen weiteren, vermeintlich richtigen Weg gezeigt hat, durch geschickliche Handlung zu Gunsten eines Scheckfälschers zu erreichen. Nicht ein wirklicher Mensch voll warmen Herzens ist in ihm erstanden, sondern nur die angestrebte Kreatur krümmt und windet sich in ihm. So muß sein Seelenfang trotz größter Opfer ergebnislos bleiben, statt Achtung erwirkt er Verachtung, statt Weinen Lachen, statt Liebe Fluch.

Ein Menschenbildnis gestaltet Rehfisch in Judenad, das in der Not der geringfügigen Kreatur ergreifend ist, das zugleich in der Sinnlosigkeit und Sinnwidrigkeit seiner Handlungen komisch wirkt; eine Tragikomödie, in deren Mitte eine prachtvoll plastisch gezeichnete und geformte Gestalt steht, um die herum ebenfalls durchaus realistische Typen sich bewegen: die verbitterte, gutmütig-leidende Witwe Nagel, die verdorbene Dirne Lina, der heraldische, taktisch-nüchtere, großmütige Scheckfälscher Walter. Der Dialog ist natürlich, den Sprechenden und ihren Stimmungen durchaus adäquat, leichtfüßig mit köstlich trefflicheren Bemerkungen, die schlagenden Witze zeigen. Im Ganzen also ein Werk, das trotz starker, manchmal allzu trockener auftragener Farben, trotz einer etwas gewaltsamen Handlungsführung, die gewünschte Situationen oft allzu willkürlich, ad hoc herbeiführt, Anerkennung verdient und, trotz der motivischen Anlehnung an Georg Kaiser, eine erfrischende und erfreuliche Selbständigkeit in der Lösung von expressivistischen Verzwickungen und Verwicklungen bezeugt.

Da erstaunt dann um so mehr, daß der gewandte und kluge Verfasser doch noch glaubte, dem Expressionismus seine Reserven erweisen zu müssen, indem er die Symbolgehalt des Todesversicherungsgesetzes durchaus „organisch“ in das realistisch empfundene und gestaltete Stück einführte, wo er in seiner marionettenhaften Stilisierung nur störend wirkt. Seine Symbolbedeutung ist ja klar, die Karikatur der lieblosen betriebemäßigen Caritas, die, ein Geschäft wie andere Geschäfte auch, nur durch Entpersönlichung, Entmenslichung, Garantien bietet. Aber man sieht weder die intellektuelle, noch die künstlerische Notwendigkeit dieser Figur ein. Und ihre absolute Überflüssigkeit geht schlagend daraus hervor, daß durch ihre gänzliche Streichung ohne jede andere Veränderung das Stück nicht nur nichts verliert, sondern an geschlossener künstlerischer Charakter und einleuchtender Sinnhaftigkeit nur gewinnen würde.

Der Spielleiter, der entschlossen diese Streichung vollzogen hätte, hätte nicht nur Mut und künstlerisches Gefühl bewiesen, er hätte sich auch den Dank der Zuschauer wie des Dichters verdient. Friedrich Weug, der neubepflanzte Spielleiter, entließ sich nicht zu diesem Wagnis, wodurch er sich von vornherein das ehrenvolle Zeugnis einer selbständigen künstlerischen Persönlichkeit von sicherem Stilempfinden hätte sichern können. Er hielt sich streng an das gedruckte Wort und machte daraus recht und schlecht die Inszenierung. Daß er die Erkenntnis von dem realistischen Charakter des Stückes hatte, bewies sofort die erste Szene, die nicht nur realistisch, die direkt naturalistisch ammutete in dem langsamem, schleppenden, von zahlreichen Pausen unterbrochenen Tempo mit dem stark betonten, mühsam-sollistischem Spiel, wofür ja auch der Dichter lange Regiebemerkungen gibt, wie sie in ihrer Ausführlichkeit gerade an den Naturalismus erinnern. Wenn Herr Weug durch diese naturalistische Unterzeichnung den Kontrast mit der stilisierten Symbolfigur noch betonen wollte, so ist ihm dies vollkommen gelungen, damit allerdings auch der vollkommene Bruch der Stilleinheit, die meinem atmosphärischen Empfinden nach wesentlich für ein Kunstwerk ist.

Weugs Inszenierung liebt überhaupt starke Kontrastwirkungen. Dies offenbarte sich insbesondere bei der Sprachdynamik, in der sich die härtesten Gegensätze von bis zur Unhörbarkeit leiseren Klängen bis zum sich überschlagenden Schreien bemerkbar machten. Dies führte namentlich in dem ersten Dialog zwischen Judenad und dem Staatsanwalt beim ersten zu unmotivierten Brillen. Am unzureichendsten aber in der Inszenierung war die Beleuchtungsbedeutung; im 1. Akt war beim Definieren des Schlafzimmers dies klar und gleichmäßig beleuchtet, obwohl ein Halbdunkel viel angebrachter gewesen wäre, und dann plötzlich kam von der Seite her ein ganz grelles Scheinwerferlicht; im 2. Akt mußte wegen der Dunkelheit im Wohnzimmer die Lampe angezündet werden und, als das Schlafzimmer geöffnet wurde, zeigte dieses helles Tageslicht. Zum Schluß des Aktes war die Fensterlampe Tagelicht, das keineswegs nur Schneewetterreflex sein konnte. Das Licht, das keineswegs nur Schneewetterreflex sein konnte, das mögen Kleinigkeiten sein, wie auch der Nichterhalt als Marquise Judenads, der stillenweise Mangel an Sprechendheit, das Auseinanderfallen von Gesten und Sprechen beim



**Mannheim.** **£.505**  
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen:  
1. Band IV D.-Z. 81 Firma „L. Oppenheimer & Cie.“ in Mannheim: Hans Oppenheimer, Mannheim, ist als Einzelprokurist bestellt.  
2. Band IV D.-Z. 182, Firma „B. Morgenroth vorm. Morgenroth & Obermaier“ in Mannheim: Das Geschäft samt der Firma, jedoch unter Ausschluß der Verbindlichkeiten u. Verbindlichkeiten, ging von Ignaz Morgenroth auf die Kaufleute Siegfried Oppenheimer und Franz Karl Oppenheimer, beide in Mannheim, über, welche es in offener Handelsgesellschaft, die am 1. Juli 1924 begonnen hat, unter der bisherigen Firma fortführen.  
3. Band VI D.-Z. 149, Firma „Gebr. Zimmern & Comp.“ in Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft samt der Firma auf den Gesellschafter Kaufmann Ludwig Zimmern, Mannheim, als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt. Die Prokura des Ernst Zimmern, des Gustav Verberich und des Otto Grabmayer ist erloschen.  
4. Band XIV D.-Z. 82, Firma „Menz & Co.“ in Mannheim: Die Prokura des Arthur Plathen ist erloschen.  
5. Band XIV D.-Z. 239, Firma „Georg Boger“ in Mannheim: Das Geschäft samt Firma ist auf Heinrich Scheitner, Obsthändler, Chefrau, Franziska geb. Franz, bewidwete Boger, Mannheim, übergegangen. Dem Heinrich Scheitner, Mannheim, ist Einzelprokura erteilt.  
6. Band XVIII D.-Z. 163, Firma „Martin Durus“ in Mannheim: Die Firma ist erloschen.  
7. Band XIX D.-Z. 243, Firma „Ludwig F. Berger & Co.“ in Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und in Liquidation getreten. Zu Liquidatoren sind bestellt die Gesellschafter Kaufmann Ludwig Friedrich Berger und Kaufmann Franz Karl Müller, beide in Mannheim. Dieselben sind einzeln zu handeln befugt.  
8. Band XXIII D.-Z. 206, Firma „Gebr. Nöschling, Bank“ in Mannheim: Die Prokura des Franz Wählinger ist erloschen.  
9. Band XXV D.-Z. 92, Firma „Karl Gohweiler & Co.“ in Mannheim, Treitlerstr. 46. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Karl Gohweiler und Otto Lutz, beide in Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Juli 1924 begonnen.  
10. Band XXV D.-Z. 83, Firma „Heinrich Stahl“ in Neckarhausen b. Mannheim. Inhaber ist Heinrich Stahl, Kaufmann, Neckarhausen bei Mannheim.  
11. Band XXV D.-Z. 84, Firma „Theodor Brennia“ in Mannheim. Inhaber ist Theodor Brennia, Kaufmann, Mannheim.  
12. Band XXV D.-Z. 85, Firma „Max Wachenheim“ in Mannheim. Inhaber ist Max Wachenheim, Kaufmann, Mannheim.  
Mannheim, 30. Aug. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

**Mannheim.** **£.552**  
Zum Handelsregister A Band XXV D.-Z. 87 wurde heute die Firma „Friedrich Nieding“ in Mannheim eingetragen. Inhaber ist Friedrich Nieding, Kaufmann, Mannheim.  
Mannheim, 4. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

**Mannheim.** **£.571**  
Zum Handelsregister B Band XXI D.-Z. 22, Firma „Motoren - Werke Mannheim Aktiengesellschaft vorm. Benz Abt. stationärer Motorenbau“ in Mannheim, wurde heute

eingetragen: Direktor Dr. Hermann Serini, Mannheim, ist als Vorstandsmittglied bestellt.  
Mannheim, 3. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

**Oberkirch.** **£.568**  
Zum Handelsregister Abt. A wurde eingetragen zu D.-Z. 129 das Erlöschen der Firma Josef Stelzer Nachfolger in Ruppach; zu D.-Z. 21, bett. die Firma Fr. Braun Nachfolger Josef Woffenberg in Oberkirch: offene Handelsgesellschaft. Kaufmann Karl Wipind in Oberkirch ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Zur Vertretung und Zeichnung der Gesellschaft ist jeder der Gesellschafter, Josef Woffenberg und Karl Wipind, beide in Oberkirch, berechtigt. Die Gesellschaft hat am 1. September 1924 begonnen; zu D.-Z. 195: das Erlöschen der Firma Karl Müller & Co. in Oberkirch, 9. Sept. 1924. **Der Registerführer.**

**Offenburg.** **£.562**  
Handelsregister B D.-Z. 49 zu Firma Rheinische Großhandels-Gesellschaft m. b. H. in Offenburg. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. August 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Liquidator ist der bisherige Prokurist Karl Heinrich in Offenburg, 4. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

**Offenburg.** **£.952**  
Zum Handelsregister B Band I D.-Z. 30 wurde zu Firma Derrheinische Handelsgesellschaft, G. m. b. H. in Offenburg, eingetragen: Nach Beendigung der Liquidation ist die Vertretungsbefugnis der Liquidatoren erloschen. Offenburg, 11. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

**Pforzheim.** **£.416**  
Handelsregister eintrag. Fa. Pfannkuch G. m. b. H. & Co., Karlsruhe (mit einer Zweigniederlassung in Pforzheim): Siehe die Veröffentlichung unter Karlsruhe G.-M. A D.-Z. 257.

**Pforzheim.** **£.417**  
Firma Gebr. Feud, Granodfabrik, Gesellschaft mit beschr. Haftung in Pforzheim: Das Stammkapital ist auf 420 000 Goldmark umgestellt und § 4 des Gesellschaftsvertrags hiernach geändert. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Pforzheim.** **£.441**  
Handelsregister eintrag. Firma Plaz & Kähler Ges. mit beschr. Haftung in Pforzheim: In Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers Adolf Westler ist Kaufmann Albert Kähler in Pforzheim als Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Alfred Westler besteht fort. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Pforzheim.** **£.442**  
Handelsregister eintrag. Firma Badische Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft in Pforzheim: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 2. August 1924 wurde das Grundkapital auf 600 000 Goldmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 5 (Stammkapital), 15 (Ausschüttungsverteilung) und 19 (Stimmrecht) abgeändert. Das Grundkapital ist in 2000 Inhaberaktien von je 300 Goldmark eingeteilt. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Pforzheim.** **£.465**  
Handelsregister eintrag. Firma Ernst Wöber Del. Ges. mit beschr. Haftung in Pforzheim: Kaufmann Karl Bauer in Pforzheim (Gartenstadt Sonnenberg), dessen Prokura erloschen ist, ist als weiterer Geschäftsführer bestellt und befugt, die Gesellschaft mit einem zweiten Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen zu vertreten. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Pforzheim.** **£.466**  
Handelsregister eintrag. 1. Der Ort der Niederlassung der Firma Anton Holzki ist von Breslau nach Pforzheim, Emilienstraße 16, verlegt. (Angegebener Geschäftszweig: Bijouteriegroßhandlung.)  
2. Firma J. Benz in Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.  
3. Firma J. Mann & Co. in Pforzheim, Güterstraße 27: Die Gesellschafterin Frau Robert Mann ist ausgeschieden.  
4. Firma Rudolf Hoffsch in Pforzheim, Erbprinzenstraße 42: Den Kaufleuten Eugen Fuchs und Rudolf Hoffsch Jung in Pforzheim ist Einzelprokura erteilt.  
5. Firma Pforzheimer Bankverein (A.-G.) in Pforzheim: Die Prokura des Otto Schen ist erloschen.  
6. Firma Alb. Aug. Guber in Pforzheim: Die Prokura des Albert Friedrich Brenner ist erloschen. **Amtsgericht Pforzheim.**

**Radolfzell.** **£.527**  
Zum Handelsregister A ist bei der Firma Mechanische Schuhfabrik Emil Lantermann in Radolfzell eingetragen: Die Firma ist erloschen. **Bad. Amtsgericht.**

**Radolfzell.** **£.564**  
Zum Handelsregister A Band I D.-Z. 170 ist bei der Firma Heinrich Bart Drogerie zum weißen Kreuz in Radolfzell eingetragen: Das Geschäft ist infolge des am 23. Juni 1923 erfolgten Todes des Otto Bartal ohne Firmenänderung auf dessen Witwe, Elise Bartal geborene Dempp, übergegangen. **Radolfzell, 8. Sept. 1924. Bad. Amtsgericht.**

**Radolfzell.** **£.565**  
Zum Handelsregister A Band II D.-Z. 116 ist eingetragen die Firma Baumann & Co., Kommanditgesellschaft mit dem Sitz in Singen; persönlich haftender Gesellschafter ist Emil Baumann, Weinhandler in Singen. Die Gesellschaft hat begonnen am 7. August 1924; drei Kommanditisten. Als Geschäftszweig ist angegeben Klein- und Großvertrieb von Weizen, Obst, Wein, Most und Spirituosen. **Radolfzell, 9. Sept. 1924. Bad. Amtsgericht.**

**Schweigenen.** **£.566**  
Handelsregister eintrag. Abt. B Band I zu D.-Z. 21 — Maschinenfabrik Schweigenen G. m. b. H. in Schweigenen — H. fons Schepers in Empel ist als stellv. Geschäftsführer ausgeschieden. Schweigenen, den 9. September 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

**Sinsheim.** **£.567**  
Handelsregister eintrag. Firma Gebrüder Woffsch, Aktiengesellschaft, Nappenu: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. 8. 1924 wurde § 2 Absatz 1 (Grundkapital und Einteilung der Aktien), § 14 Abs. 1 u. 2 (Stimmrecht der Aktien) und § 15 (Änderung des Geschäftsjahrs) des Gesellschaftsvertrags geändert. Das Grundkapital beträgt 84 000 G.M. und ist eingeteilt in 800 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien der Gattung A zum Nennbetrag von je 100 G.M. und 200 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien der Gattung B zum Nennbetrag von je 20 G.M. Jeder bei der Abstimmung vertretene Aktienbetrag der Gattung A von je 100 G.M. gewährt eine Stimme. Jeder bei der Abstimmung vertretene Aktienbetrag der Gattung B von je 20 G.M. gewährt eine Stimme. Bei Abstimmungen, welche die Besetzung des Aufsichtsrats, die Änderung der Satzung oder die Auf-

lösung der Gesellschaft zum Gegenstand haben, gewährt jede Aktie der Gattung B im Betrage von je 20 G.M. -10 Stimmen. Sinsheim, 10. Sept. 1924. **Das Amtsgericht.**

**Überlingen.** **£.583**  
In das Handelsregister B Band I D.-Z. 17 ist bei der Firma „Turbo“, Maschinenbau - Aktiengesellschaft Niederehe & Co. in Überlingen, eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 19. August 1924 ist der Gesellschaftsvertrag geändert und zwar § 5 (Grundkapital), § 15 Ziff. 3 (betreffend die der Beschlußfassung durch den Aufsichtsrat vorbehaltenen Gegenstände), § 16 (Verteilung des Aufsichtsrats). Das Grundkapital beträgt jetzt 400 000 G.M., eingeteilt in 400 Aktien zu je 1000 G.M. — Nr. 1 bis 400 — lautend auf den Inhaber. Überlingen, den 9. September 1924. **Bad. Amtsgericht.**

**Willingen.** **£.536**  
Zu D.-Z. 325 des diesjährigen Handelsregisters A Abt. I Firma Friedrich Bäuerle & Götter, Nahrungsmittelabrik in St. Georgen im Schn. wurde heute eingetragen: Der Sitz der Firma ist nach Karlsruhe verlegt. Willingen, 6. Sept. 1924. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Willingen.** **£.568**  
Unter D.-Z. 42 des diesjährigen Handelsregisters A Band II wurde heute eingetragen: Firma Willy Gerber & Co., Kommanditgesellschaft in Willingen. Persönlich haftender Gesellschafter ist Willy Gerber, Kaufmann in Willingen. Zwei Kommanditisten. Die Gesellschaft hat am 1. September 1924 begonnen. Willingen, 9. Sept. 1924. **Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.**

**Waldshut.** **£.516**  
Handelsregister eintrag A D.-Z. 35 Band II Firma „Kaufhaus G. Haring Georg Haring“ in Altenburg. Inhaber Kaufmann Georg Haring. Waldshut, 2. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

**Weinheim.** **£.593**  
In das Vereinsregister D.-Z. 89 wurde eingetragen: Schützengesellschaft Hemsbach 1923 in Hemsbach. Weinheim, 8. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

**Wertheim.** **£.549**  
Zum Handelsregister B D.-Z. 15 Firma Land-

wirtschaftliche Lagerhaus-Zentrale Wertheim, Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Wertheim am Main, wurde eingetragen: Otto Pfister in Reicholzheim ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Wertheim, 6. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

**Wolfsach.** **£.584**  
In das Handelsregister B Band I D.-Z. 28 wurde bei Firma „Einheits-Büromöbel - Werke Aktiengesellschaft Oberwolfach“ eingetragen: Das Grundkapital beträgt 307 500 Goldmark. In der Generalversammlung vom 30. Mai 1924 wurde bestimmt, daß von dem Stammkapital von 307 500 Goldmark, der Betrag von 300 000 Goldmark auf Stammaktien im Nennbetrag von je 100 bzw. 20 Goldmark (die nähere Stüdelung bleibt dem Aufsichtsrat nach Durchführung der Umstellung vorbehalten) und 7500 Goldmark auf 7500 Stück auf den Namen lautende Stimmrechtsvorszugsaktien im Nennbetrag von je einer Goldmark entfallen. Die Namensvorszugsaktien können nur 10 Prozent Dividendenanspruch ihres Nennbetrages haben. Von den alten Stammaktien über je 1000 Papiermark werden für je 2 Stück eine neue Aktie über 100 Goldmark, für einzelne Stammaktien über 1000 Papiermark u. für Spizen über 1000 Papiermark werden 2 Aktien zu 20 Goldmark und ein Anteilsschein über 10 Goldmark gewährt. 1 Stammaktie über 100 Goldmark entfallen fünf Stimmen, auf 1 Stammaktie über 20 Goldmark und über 2 Anteilsscheine über je 10 Goldmark entfällt 1 Stimme. Für eine Stimmrechtsvorszugsaktie über 1000 Papiermark werden 25 Stück neue auf den Namen lautende Stimmrechtsvorszugsaktien über je eine Goldmark gewährt. Jede neue Stimmrechtsvorszugsaktie hat eine Stimme. Statuten wurden entsprechend geändert. Wolfsach, 12. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

**Bereinsregister.**  
**Mannheim.** **£.585**  
Zum Vereinsregister Band X D.-Z. 28 wurde eingetragen: „Sportvereinigungs Viktoria 04“, Mannheim-Neckarau, Mannheim-Neckarau. Mannheim, 12. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**



**19 24**

**Memnisch-pfälzisch-fränkischer Heimat-Sonntag in Karlsruhe.**  
Samstag, 20., Sonntag 21. u. Montag, den 22. September

**Samstag, abends 7.30 Uhr:** Badischer Heimatabend mit den Pfälzern, Saarländern, Memnischen und Franken in der städt. Festhalle. Vorträge des Direktors des Badischen Landesbühnenvereins, Männerchor des Karlsruher Liebertranges, Festansprachen des Bad. Staatspräsidenten, Herrn Ministers Dr. Köhler, des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Winter-Karlsruhe und von Vertretern der Gäste. Festspiel: „Badische Landstau“ von E. W. Deiring, und A. Segauer. Anschließend Abendunterhaltung mit Tanz. Eintritt 3 Mk., 2 Mk., 1 Mk. Karten bei den Musikalienhandlungen Fröh Müller und Kurt Neufelb.

**Sonntag, vormittags 9 Uhr:** Besuch der großen landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteausstellung in der städt. Ausstellungshalle und Umgebung unter Führung. Eintritt 1 Mk. und 80 Pf. („Teilnehmerkarte“).

**Vormittags 11-1 Uhr:** Großer Festzug unter besonderer Mitwirkung der Trachten aus dem Schwarzwald, dem Oberrhein, der Pfalz und dem Saarland durch die Stadt. (Über 100 Gruppen und Festwagen, 20 Musikkapellen).

**Nachmittags 2.30 Uhr:** Großes Pferderennen des Karlsruher Reitervereins auf den städt. Rennwegen an der Göttinger Allee. Eintritt 5 Mk., 2 Mk. u. 50 Pf.

**Nachmittags 3.30-6 Uhr im Stadtpark:** „Ein Feiertag in Baden und der Pfalz“. Trachtenkonzerte (Gutacher, Hanauer, Petersfelder u. A.), Konzert des Musikvereins Harmonie Karlsruhe. Anekdoten heimatische Volksbelustigungen (Willingheimer Vogelmarkt, Schifferstüchchen, pörsliche Darbietungen, Trachtenbilder, Trachtenkänge). Eintritt 1 Mk. und 80 Pf. „Teilnehmerkarte“ frei.

**Abends 7-10 Uhr im Stadtpark:** Gartenfest, Brillantenfest, Illumination des Gartens und des Sees. Märchenhafte Aufführungen (mit Schminkeverlebung) auf dem See. Konzert des Musikvereins Harmonie Karlsruhe. Volksbelustigungen (Willingheimer Schützenlag u. a.) Nachmittags und Abends: Tanz (auch der Trachten) im kleinen Festhallaal. Eintritt 1 Mk., „Teilnehmerkarte“ frei. Bei schlechtem Wetter Nachmittags- und Abendveranstaltungen entsprechend geändert in der Festhalle. Feuerwerk gleichwohl.

**Abends:** Beleuchtung der Schaufenster in den Läden der Stadt.

**Alle Geschäfte tagsüber offen von 11-6 Uhr.**

**Bis 20. bis 27. September:** Wettbewerb in Bezug auf geschmackvolle Dekoration der Schaufenster der Geschäftshäuser.

**Montag, vormittags 9 Uhr:** Besuch der großen landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräteausstellung in der städtischen Ausstellungshalle und Umgebung unter Führung. Eintritt 1 Mk. u. 80 Pf. „Teilnehmerkarte“ mit Besuch der großen landwirtschaftlichen Genußausstellung in Durach. Eintritt 50 Pf.

**Inhundert an allen drei Tagen:** Zahlreiche Kunst-, gewerbliche und andere Ausstellungen, Vorstellungen im Badischen Landestheater u. a. Näheres im Programm- und Verzeichnis. Preis 1 Mk.

**Sonntagszüge** zu bedeutend ermäßigten Preisen: Samstag: Schwarzwaldbahn ab Donaueschingen 2.23 R.; Neckar 1.22 R.; Rheinbahn ab Lauda bzw. Neckar 1.22 R.; Neckar 1.22 R.; Neckar 1.22 R.; Sonntag: ab Freiburg 6.50 R.; Neckar 1.10 R. Anschlüsse an die Bundeszüge aus der Pfalz und dem Saarlande ab Mainz und Germersheim-Rheinheim.

**Wohnungs- und Auskunftsbüro:** Stadt Tiergartenrestaurant, Bahnhofplatz 6, 2. Stod.

**Mitbürger!**  
**Fahnen heraus!**  
**Einen herzlichen Willkommenruf unseren Gästen!**  
**Badischer Schwarzwaldberein** Ortsgruppe Karlsruhe.  
**Deutscher Saarverein, Ortsgruppe Karlsruhe.**  
**Männergesangsverein Niedertranz** Karlsruhe.  
**Odenwaldberein Karlsruhe.**  
**Pfälzer Waldberein, Ortsgruppe Karlsruhe.**  
**Verein der Rheinpfälzer, Karlsruhe.**  
**Verein „Badische Heimat“ Karlsruhe.**  
**Verein der Naturfreunde, Karlsruhe.**  
**Verkehrsverein Karlsruhe.**  
Namens verzeichnis:  
**Verkehrsverein Karlsruhe.**  
Geschäftsstelle Rathaus.

**Karlsruher Herbststrennen**  
Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 1/2 Uhr auf den Wiesen bei Klein-Rappurr  
**Öffentlicher Totalisator**  
Restauration, Platzmusik  
Eintrittspreise Mk. 2.— und 5.— einschließlich Steuer  
Vorverkauf: E. Mozer, Kaiserstraße 140 Haltestelle der Altbahn

---

**Handels & Gewerbebank**  
Karlsruhe i. B. A.-G. Friedrichsplatz 9  
Gegründet 1856 Fernsprecher 587 und 2422

**An- und Verkauf von Effekten**  
**Depot- und Vermögensverwaltung**

Es ist für jeden Effektenbesitzer wegen der z. Zt. stattfindenden Aktien-Zusammenlegung zweckmäßig, seine Wertpapiere einer Bank in Depot zu geben, oder wenigstens ein Verzeichnis über seinen Besitz einer Bank einzureichen

Wir besorgen diese Kontrolle kostenlos

Druck G. Braun, Karlsruhe

**Verhängung der Wauperre betr.**  
Die mit Verfügung vom 20. Februar 1923 über das Gebiet östlich der Ritterstraße, südlich der Kriegsstraße westlich der Göttingerstraße und nördlich der durch Verlängerung der Südseite des Konzerthauses gebildeten Linie verhängte Wauperre wird auf Antrag des Stadtrats bis auf weiteres verlängert.  
Karlsruhe, den 9. September 1924. **O. B. 111.**  
Badisches Bezirksamt III.